

Preis 50 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,20 M. einjähr. 42,00 M. Auslandsbestellung 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhofs 192-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Poststr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin

Donnerstag  
8. November 1928  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Hauptverteilung 40 Pfennig, Restante alle 2.— Reichsmark. „Klein-Anzeigen“ von 10 bis 20 Pfennig (einschließlich 10 Pfennig) je Zeile, jedes weitere Wort 12 Pfennig. Kleinanzeigen das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben gelten für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, montags, von 9 bis 17 Uhr.

## 213 000 Arbeiter geächtet!

### Die Ruhrarbeiter stehen alle auf der schwarzen Liste!

An alle in Betracht kommenden Arbeitgeber-Verbände ist folgendes Rundschreiben ergangen:

**Betr.: Einstellungssperre auf Grund des Tarifstreites im Bezirk Arbeitsnordwest.**

Auf Veranlassung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller verhängen wir hiermit die Einstellungssperre über alle aus dem Tarifgebiet Arbeitsnordwest kommenden Arbeitnehmer. Zu Ihrer Information geben wir Ihnen die Namen der Arbeitgeberverbände für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf angeschlossenen Verbände bekannt; aus ihnen ergeben sich gleichzeitig die Bezirke und Orte, auf welche sich die nordwestliche Gruppe erstreckt.

Es folgen nun in dem Rundschreiben die Namen von vierzehn Unternehmerverbänden des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Mit dieser Reichsacht, die der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller auf Verlangen der Ruhrindustriellen über die 213 000 Aussperrten verhängt, ist die Behauptung der Unternehmer, es handle sich nicht um eine Aussperrung, sondern nur um den Austrag einer Rechtsfrage, als Lüge und Heuchelei gekennzeichnet.

Die Ruhrindustriellen erklären, sie hätten die Arbeiter rechtmäßig gekündigt und es bestünde also zwischen ihnen und den entlassenen Arbeitern keinerlei Rechts- oder Arbeitsverhältnis mehr. Nachdem sie die Arbeiter entlassen haben, verstoßen die Industriellen jedoch an alle Unternehmer im Reich eine Ahterklärung, die es den entlassenen Arbeitern unmöglich macht, anderwärts Lohn und Brot zu finden.

Wenn man irgendwo auch im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches von einem Verstoß gegen die guten Sitten sprechen kann, so ist es bei dieser unerhörten Handlung der Ruhrindustriellen und des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller. Keine Arbeitsstätte, keinen Brot-erwerb sollen die Ruhrarbeiter im ganzen Deutschen Reich finden, weil der Reichsarbeitsminister es gewagt hat, einen Schiedspruch für verbindlich zu erklären, der den Ruhrindustriellen nicht in den Kram paßt.

Während so der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller den Klassenkampf überspitzt und vergiftet, redet die Unternehmerpresse heuchlerisch von der „Verhandlungsatmosphäre“, die man schaffen müsse. Ist das die Verhand-

lungsatmosphäre, wenn man 213 000 Arbeiter mit ihren Familien Arbeiter, die nicht in Streit getreten sind, auf die Straße setzt, dem Hunger preisgibt und es ihnen gleichzeitig unmöglich macht, anderwärts Arbeit zu finden!

Wohlgemerkt, diese Arbeiter sind nicht etwa von den Unternehmern gefragt worden, ob sie zu den alten oder den neuen Arbeitsbedingungen arbeiten wollen. Man hat diese Arbeiter bestraft für einen Schiedspruch, der selbst nach der „Königsberger Zeitung“ den Querschnitt zwischen den Arbeiter- und Unternehmerinteressen darstellt. Man bestraft diese Arbeiter für diesen Schiedspruch und seine Verbindlichkeits-erklärung mit der Entlassung. Man geht noch einen Schritt weiter. Gleich jenen Unglücklichen des Mittelalters für die wegen eines schweren Verbrechens an dem Staat und an der Menschheit die Reichsacht verhängt wurde, so verhängt der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller auf Anforderung der Ruhrindustriellen die Reichsacht über 213 000 Arbeiter wegen der Majestätsbeleidigung gegenüber den Schwerindustriellen, die ein sozialdemokratischer Reichsarbeitsminister dadurch begangen hat, daß er einen Schiedspruch für verbindlich erklärte, den diese Schwerindustriellen abgelehnt haben.

In ihrer Presse fordern sie die Stärkung der Staatsautorität, beklagen sie die sittliche Verwilderung der Jugend und preisen die Volksgemeinschaft. In vertraulichen Rundschreiben aber verhängen sie über eine Million brotlos gemachte Volksgenossen den Hungerboikott, weil die Staatsautorität gegen die Unternehmer eingeschlagen hat.

Das ist das sittliche Beispiel, das diese Klassenkämpfer von oben geben. So wird von den Ruhrindustriellen „in aller Ruhe“ die Rechtsfrage ausgetragen. Um das robuste Gewissen wird diese Unternehmer niemand beneiden, die „in aller Ruhe“ 213 000 Arbeiter auf die schwarze Liste setzen und dann in der Öffentlichkeit sich auf das Recht zu berufen wagen.

### Die schwarze Liste wird verlängert.

Hagen, 7. November. (Eigenbericht.)

Zahlreiche Unternehmen der eisenverarbeitenden Industrie im Randgebiet haben ihrer gesamten Belegschaft gekündigt und Stilllegungen angekündigt. Die Metallsabrik Prinz Hener, die dem Hoersch-Konzern angehört, hat der gesamten Belegschaft zum 16. November gekündigt. Aller Voraussicht nach sind die Unternehmer entschlossen, die Aussperrung auf das gesamte Randgebiet auszudehnen.

## Rehrt Poincaré wieder?

### Spaltung der Radikalen wahrscheinlich.

Paris, 7. November. (Eigenbericht.)

Die Politiker, die der Präsident der Republik, Doumergue, am Mittwoch zu sich ins Elisee berufen hat, um mit ihnen über die Lösung der Regierungskrise zu beraten, stammen vorwiegend aus dem Lager der Radikalen Partei. Augenscheinlich kommt es dem Präsidenten darauf an, die Stimmung in dieser so erforderlichlich zwiespältigen Partei zunächst einmal deutlich zu erfassen und festzustellen, inwieweit die Parlamentsfraktion der Radikalen die überstürzten Beschlüsse von Angers teilt. Argend eine Persönlichkeit, die eventuell als Nachfolger Poincarés in Frage kommen könnte, hat bisher im Elisee noch nicht vorgesprochen.

Augenscheinlich soll also die Ministerkrise von der Seite der Radikalen Partei aus gelöst werden, d. h. es soll zunächst eine Reinigung im Schoße dieser Partei angestrebt werden. Es scheint immer wahrscheinlicher, daß die Einheit der Radikalen die Krise nicht überleben können. Die radikalen Minister haben bereits in ihren Demissionsschreiben die Beschlüsse von Angers deutlich genug desavouiert. Dazu kommt aber noch, daß der Innenminister Sarraut angeblich offen mit seinem Austritt aus der Partei gedroht haben soll, wenn man die Störenfriede um Coilloux nicht auszuschließen sich auflossen könnte.

Als aussichtsreichster Kandidat zur Neubildung der Regierung wird allenthalben bis weit in die Reihen der Linksparteien hinein allein Poincaré

genannt. Wenn Poincaré sich wirklich unter dem starken Druck der öffentlichen Meinung zur Regierungsbildung entschließen sollte, würde er sicherlich die weitest große Mehrheit der Radikalen Partei hinter sich haben. Bedingt die kleine Gruppe von etwa zwei Duzend Köpfen, die bisher immer gegen ihn gestimmt

hat, würde weiterhin in der Opposition bleiben. Aber diese Gruppe soll wegen ihrer Manöver in Angers ausgeschlossen werden. Allerdings dürfte es Poincaré trotz seines Einflusses nicht mehr gelingen, seine alte Koalition der nationalen Einheit unverändert zum Leben zu erwecken. Selbst den gemäßigten Radikalen war die Zusammenarbeit mit der reaktionären Gruppe Marin auf die Dauer nicht mehr tragbar erschienen.

### Königsberger Konferenz gescheitert.

#### Zaleski und Boidemaras reisen ab.

Die Königsberger Konferenz zwischen Litauen und Polen ist, wie hier gleich vorausgesetzt wurde, abermals gescheitert. Es wurde festgestellt, daß mit Ausnahme der Frage des sogenannten „kleinen Grenzverkehrs“ auf beiden Seiten der Wilnaer Demarkationslinie eine Einigung über die verschiedenen Streitfragen nicht möglich sei. Die Delegierten beider Länder reisen ab.

### Wie Hoover siegte.

19:16 Millionen Stimmen, 444 zu 87 Wahlmännern.

In den späten Abendstunden des Mittwoch wird als Endergebnis der amerikanischen Präsidentenwahl gemeldet, daß Hoover 19 Millionen Wählerstimmen und 444 Elektorenstimmen, Smith 16 Millionen Wählerstimmen und 87 Elektorenstimmen erhalten hat. Das Verhältnis der Elektorenstimmen würde danach etwa 4 1/2 zu 1 betragen, das Verhältnis der Wählerstimmen 1 1/2 zu 1.

### Amerikas neuer Präsident.

#### Die Grenzen des Sieges — die politischen Ziele des Siegers

Der Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei, Wirtschaftsminister Herbert Hoover, wird mit im polanter Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden — das ist das Ergebnis der Wahl der Wahlmänner am vorgestrigen „Dienstag“ nach dem ersten Montag im November, den die amerikanische Verfassung festlegt. Wenn am 14. Januar nächsten Jahres die Wahlmänner — Elektoren — in den Hauptstädten ihrer Staaten zusammengetreten sein werden, um Amerikas „besten Bürger“ zum Präsidenten zu wählen, und wenn am 13. Februar der Präsident des Senats vor dem versammelten Kongress die bis dahin geheimen Ergebnisse ihrer Abstimmungen feststellen wird, dann wird auch offiziell und feierlich bestätigt, was die Öffentlichkeit seit gestern bereits weiß: daß auf Hoover 444 von 531 Elektorenstimmen entfallen.

Man hat den Sieg des republikanischen Kandidaten einen Landslide — einen Erdrutsch genannt. Dem Demokraten Smith scheinen nur die Stimmen von sechs Staaten, dem Republikaner die von 42 der 48 Staaten zugefallen zu sein. Aber von einer vernichtenden Niederlage der Demokraten, davon, daß Smith der „Totengräber seiner Partei“ geworden sei, kann ernsthaft die Rede nicht sein. Der Erfolg der republikanischen Partei stellt sich nur im ersten Augenblick als überwältigend dar. In Wahrheit ist es ein klarer, aber kein den Gegner vernichtender Sieg.

Es ist zur Stunde noch nicht bekannt, wieviel Wählerstimmen hinter Hoover und wieviel hinter Smith stehen — auf alle Fälle ist die Differenz zwischen den beiden nicht entfernt so groß, wie sie durch das veraltete Wahlsystem gemacht worden ist. Das vorwiegend gewonnene die Republikaner mit 15,7 Millionen Wählerstimmen von 290 Millionen abgegebenen Stimmen nicht weniger als 382 von 531 Elektoren — auch diesmal stammt ihre Überlegenheit zum größten Teil daher, daß nicht wie in Deutschland der Präsident durch eine allgemeine, gleiche und direkte Wahl von den Bürgern gewählt, sondern er in einem indirekten Verfahren erkoren wird. Jeder Staat hat soviel Elektorenstimmen, wie er Senatoren und Abgeordnete in den Kongress entsendet. Schon dabei sind die kleinen Staaten bevorzugt, weil sie wie die größten zwei Sitze im Senat befehlen, so daß sich der Unterschied der Größe nur in der Zahl der Abgeordneten zum Repräsentantenhaus auswirkt: diese Verteilung der Stimmen kommt den kleinen Staaten des Westens und damit den Republikanern zugute. Hinzu kommt, daß seit 1910 die Verfassungsbestimmung nicht mehr durchgeführt worden ist, daß nach jeder Bevölkerungszählung die Zahl der Abgeordneten neu verteilt werden soll. In einer Art, die an die Verfälschung des Reichstagswahlrechts im früheren Deutschland erinnert, sind gerade die Staaten des Südens mit ihrer neuerdings starken industriellen Entwicklung und damit die Demokraten benachteiligt worden. Das wichtigste freilich ist, daß innerhalb der Staaten kein Verhältniswahlrecht angewandt wird: eine ganz geringe Mehrheit genügt, um alle Elektorenstimmen eines Staates zu gewinnen, eine noch so große Minderheit geht völlig verloren. So genügen einige ganz knappe Majoritäten in einigen wichtigen Staaten, um eine geringe Mehrheit an Wählerstimmen in einen gewaltigen Sieg oder gar eine Minderheit in eine Mehrheit zu verwandeln. Auf diese Weise gewann Wilson seinen Sieg. So hat diesmal Hoover im Staate New York 2,1. Smith 2,0 Millionen Stimmen erhalten; die Differenz von 100 000 genügt, um Hoover alle 45 Elektorenstimmen des Staates zu verschaffen. Ähnliche knappe Majoritäten in anderen Staaten haben ihm den Schein eines die Demokraten vernichtenden Sieges verschafft.

Aber hinter dem Scheinsieg verbirgt sich doch ein realer Sieg. Smith ist geschlagen worden, obwohl ihn die amerikanischen Gewerkschaften, wenn auch nicht ganz offiziell, unterstützt; er hatte sich mit Rücksicht auf die Unternehmerinteressen im eigenen Lager nicht entschließen können, ihren Kampf gegen die streikabwürgenden einseitigen Verfügungen ganz vorbehaltlos zu unterstützen. Die Republikaner haben Erfolg gehabt, trotzdem Smith eine Persönlichkeit ist, die gerade die wertigsten Massen in den Städten zu faszinieren versteht; verkörpert sich doch in ihm der amerikanische Proletarier, der, nur auf sich selbst gestellt, sich den Weg unter den dürftigsten Verhältnissen in die höchsten Staatsämter bahnte — Smith ist dreimal zum Gouverneur des Staates New York gewählt worden. Sein Mißerfolg beruht ähnlich wie der von Marx als deutscher Präsidentschaftskandidat darauf, daß die protestantische Mehrheit des Landes keinen Katholiken zum Präsidenten haben will — es wurde im Wahlkampf vielfach mit lächerlichen Schauer-märchen gearbeitet, wie das mit Smith der Papst ins Weiße Haus einziehen würde. Entscheidend war auch, daß Smith für die Kodierung des Alkoholverbotes eintritt, während Hoover für die strikte Innehaltung der Antialkohol-gelegenheit eintritt. Die Präsidentschaftswahl hat so den Charakter eines Volksentscheides gegen den Alkohol erhalten. Namentlich die Frauen, die sich diesmal

n besonders großem Umfange an der Wahl beteiligten, haben hier ihren Einfluß geltend gemacht; ebenso sind aber die weitans meisten Unternehmer und Landwirte gegen die Lockerung der Alkoholgesetzgebung, deren soziale Wirkungen in Europa allzu ausschließlich nach den Schilderungen begüterter Besucher beurteilt werden, die sich über das Verbot hinwegsehen vermögen, während tatsächlich die Verleuerung des Alkoholgenußes breitere Massen zur Verwendung ihrer Einnahmen für wertvolle Kulturgüter erjagen hat.

Mit Hoover tritt — zum erstenmal wieder seit Wilson — eine ausgeprägte Persönlichkeit an die Spitze der Vereinigten Staaten, ein Mann, der seine eigene Politik treiben wird und treiben kann, da er in sich die Ämter des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten vereinigt. Die Politik, die Hoover als Handelsminister getrieben und zu der er sich in seinen Wahlreden bekannt hat, wird er jetzt nur noch um so wirksamer durchsetzen können: Tatkräftige Förderung des amerikanischen Exportes, verbunden mit einer geschickten Zollpolitik, die den Waren aus anderen Ländern den Zutritt zu Amerika nur noch mehr erschwert; neben der wirtschaftlichen auch eine politische Expansionspolitik, der an der Einschränkung der Rüstungen wohl weniger gelegen sein wird als der Regierung Coolidge; politische Zurückhaltung von Europa und vom Völkerbunde, dem nicht beizutreten die „Plattform“ der Republikaner wieder ausdrücklich erklärt, während die Mitarbeit in dem technischen und humanitären Werk in Genf fortgesetzt werden soll; in der Schuldenfrage ein unerbittliches Bestehen darauf, daß die eingegangenen Verpflichtungen voll eingelöst werden — es handelt sich um 11½ Milliarden Dollar, die von den europäischen Schuldnern einzureiben sich die Republikanische Partei festgelegt hat.

Es wird noch eine Reihe von Monaten dauern, ehe sich Hoovers Aktivität in der internationalen Politik bemerkbar machen wird. Er tritt erst am 4. März sein Amt an. Es ist noch nicht zu erkennen, in welchem Umfange Hoovers Politik durch republikanische Gewinne im Repräsentantenhaus und im Senat unterstützt wird; sicher ist es schon jetzt, daß der imperialistische Kurs der Vereinigten Staaten und der Republikanischen Partei in den vier Jahren der Amtsperiode Hoovers mit gesteigerter Energie weitergesteuert wird.

### Hoovers Laufbahn.

Herbert Clark Hoover ist im Staate Iowa im August 1874 geboren, ist also 54 Jahre alt. Von Beruf Bergbauingenieur, reiste er gleich nach Absolvierung seiner Studien in der Welt herum. Mit 21 Jahren übte er seinen Beruf in Spanien aus, zwei Jahre später in Australien, mit 23 Jahren war er bereits leitender Ingenieur in der Chinesischen Bergbauverwaltung in Tientsin und erlebte in dieser Eigenschaft den Boxeraufstand; später war er in den Bergwerken Sibiriens und Südafrikas tätig.

Als der Weltkrieg ausbrach, befand er sich gerade in Europa als Kommissar für eine damals geplante amerikanische Weltausstellung. Er erhielt von der amerikanischen Regierung den Auftrag, die Lebensmittelforschung der belgischen Inflation unter der deutschen Militärokkupation zu organisieren. Obwohl einschichtige Stellen der deutschen Regierung diese humanitäre Tätigkeit als eine willkommene Entlastung empfanden, ließ Hoover bei den deutschen Militärbehörden auf allerlei Hindernisse und Schikanen, die ihn stark gegen Deutschland veranlassen. Daher lehnte er nach dem Waffenstillstand ein Zusammenarbeiten bei der Hilfsaktion für die hungernden Kinder Mitteleuropas mit solchen Persönlichkeiten schraff ab, die mit dem kaiserlichen Regime in Verbindung gestanden hatten.

Nach dem Sturz Wilsons und der Wiederkehr der Republikaner zur Macht wurde er im Jahre 1921 Staatssekretär des Handelsdepartements und bekleidete diesen Posten unter Coolidge bis vor einigen Monaten, als er die Präsidentschaftskandidatur für die Republikanische Partei annahm. Als Staatssekretär trat er sehr entschieden für Industriezweige ein und machte sich dadurch viele Farmer zu Feinden. Seine rücksichtslose Energie trat besonders in Erscheinung bei der Hochwasserkatastrophe des Mississippi vor etwa Jahresfrist. Um die stark bedrohte Stadt St. Louis zu schützen, gab er den Befehl zur Sprengung von Dämmen oberhalb der Stadt, wodurch sich ungeheure Wassermengen über die Ebene ergossen und tiefe Flächen von Ackerboden sowie ganze Dörfer verwüsteten — aber die Stadt wurde dadurch gerettet. Damals war Hoover, der mit besonderen Vollmachten ausgestattet war, von einer starken Polizeimacht dauernd umgeben, weil man Äußerungen seiner geschäftigen Farmer auf ihn befürchtete.

Ueber Hoovers Verhältnis zu Coolidge wurde bis zuletzt sehr widerspruchsvolle Meinungen verbreitet. Die englische liberale Presse behauptete, daß sich Coolidge bis wenige Tage vor der Wahl hartnäckig geweigert hätte, für ihn, also für den Kandidaten der eigenen Partei, öffentlich einzutreten, obwohl die Parteileitung es ihm wiederholt dringend nahegelegt hatte und eine solche Kundgebung sonst immer üblich gewesen wäre. Wenige Tage vor der Wahl trat indessen der bisherige Präsident aus seiner Reserve heraus und telegraphierte ihm, daß er sich seinen würdigeren Nachfolger denken könne als Hoover. Dieses Telegramm soll sogar den Ausschlag für Hoover gegeben haben.

Stark protegiert wurde Hoover hingegen vom Staatssekretär für Finanzen Mellon, dem Vertrauensmann des New-Yorker Finanzkapitals. Dagegen waren Hoovers Beziehungen zum Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Kellogg seit Jahren gespannt und es gilt als sicher, daß Kellogg seinen Posten unter Hoover nicht beibehalten wird. Als sein Nachfolger wird vielfach der bekannte Senator und Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Senates Borah genannt, der sich im Wahlkampf für Hoover eingesetzt hat, ebenso spricht man für diesen wichtigen Posten vom bisherigen amerikanischen Botschafter in Mexiko Morrow, dem es gelungen ist, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten Amerikas und Mexiko wesentlich zu verbessern.

### Parlamentseröffnung in Lettland.

#### Sozialdemokratischer Parlamentspräsident.

Lettlands neues Parlament wählte zum Präsidenten den Sozialdemokraten Dr. Paul Kalnin wieder. Die Regierung erklärte ihren Rücktritt. (Das ist aber nur eine Formalität zwecks Umstellung auf gleicher Basis, da die Wahlen die Stellung der Regierung gestärkt haben. D. Red.)

### Sozialdemokratischer Versuch zur Kabinettsbildung.

Die Sozialdemokratische Partei hat den Auftrag des Staatspräsidenten zur Regierungsbildung angenommen und will versuchen, gemeinsam mit den Kommunisten und den Demokraten eine Linkskoalition zu bilden. Es ist sehr zweifelhaft, ob diesem Versuch ein Erfolg beschieden sein wird.

# Eine juristische Glanzleistung.

## Entschädigung russischer Emigranten durch deutsche Steuerzahler?

Die Sowjetregierung läßt durch die Berliner Firma Deppe eine Reihe von Leningrader Kunstgegenständen versteigern. Kehnliche Versteigerungen sind in London und Paris vorgenommen worden. Sie haben in der Kunstwelt größte Beachtung erfahren.

Während der Pariser Versteigerung haben russische Emigranten den Versuch unternommen, mit Hilfe französischer Gerichte das unzweifelhafte Eigentum des russischen Staates als ihr Privateigentum zu reklamieren. Sie sind von den Gerichten abgewiesen worden. Ebenso ging es in London.

Vor und während der Berliner Versteigerung hat die deutschsprachige Presse systematisch gefordert, daß die Versteigerung verhindert werde, da es sich um „gestohlenes Gut“ handele. Dieser Pressefeldzug erfolgte im Interesse einiger russischer Emigranten aus dem ehemaligen russischen Hochadel, die mit Hilfe deutscher Gerichte wieder in den Besitz von Kunstwerten gelangen wollten, die der russische Staat nationalisiert hat.

Das Berliner Landgericht hat als erste Instanz die Forderung der Emigranten, durch einstweilige Verfügung die Versteigerung der in Frage kommenden Stücke zu unterlagen, abgewiesen. Das Kammergericht hat in zwei Fällen den Entscheid des Landgerichts aufgehoben und einstweilige Verfügungen erlassen. Nach dieser Entscheidung des Kammergerichts hat die 3. Zivilkammer des Landgerichts II auf Antrag von 14 russischen Emigranten ebenfalls einstweilige Verfügungen erlassen. Der Feldzug der Emigranten und Deutschnationalen hat bei Berliner Gerichten einstweilige Unterstützung gefunden.

Es liegt darin der Versuch, eine Rechtsfrage neu aufzurollen, die für Deutschland wie für alle Mächte, die die Sowjetregierung anerkennen haben, längst erledigt ist. Die Nationalisierung in Rußland ist durch einen Akt der souveränen Staatsgewalt erfolgt — also für Rußland vollkommen rechtmäßig. Die deutsche Regierung hat im Rapallovertrag die russische Regierung und das russische Recht anerkannt, so daß ein Deutscher, der in Rußland ent-

eignet worden ist, nicht vor deutschen Gerichten auf Herausgabe klagen kann. Das Kammergericht gesteht russischen Emigranten ein Recht zu, das deutsche Staatsangehörige nicht besitzen. Seine Stellungnahme ist ein Widerspruch zu Vorurteilen deutscher Gerichte wie zur allgemeinen Praxis deutscher Gerichte, die das russische Recht als geltendes Recht anwenden.

Der Anspruch, den das Kammergericht erhebt, indem es die Rechtmäßigkeit des Erwerbs dieser Kunstschätze durch die Sowjetregierung nachprüfen will, läuft im Grunde genommen darauf hinaus, daß ein deutsches Gericht rechtsverbindlich darüber entscheiden will, ob die Sowjetregierung „rechtmäßig“ zustande gekommen sei. Warum nicht auch die Nachprüfung, ob die russischen Emigranten, die auf die Leningrader Kunstwerke Anspruch erheben, rechtmäßig in den Vorbesitz dieser Sachen gekommen sind? Die russische Revolution vor dem Forum des Berliner Kammergerichts auf ihre Rechtmäßigkeit nachgeprüft — es ist sehr lächerlich.

Diese Schuldübergabe nach dem Herzen russischer Emigranten und ihrer deutschnationalen Bundesgenossen hat ihre politischen Konsequenzen. Folgt der einstweiligen Verfügung eine endgültige Entscheidung im gleichen Geiste, so würden die in Frage kommenden Kunstwerke den russischen Fürsten und Großfürsten ausgeliefert werden, die Sowjetregierung aber hätte dann einen Schadenersatzanspruch an die deutsche Regierung, und die deutschen Steuerzahler müßten bezahlen. Mit anderen Worten: das Kammergericht hätte dann entschieden, daß die deutschen Steuerzahler die Entschädigung der durch die russische Revolution enteigneten russischen Fürsten und Großfürsten zu übernehmen haben. Von Rechts wegen!

Wir danken bestens für eine Rechtsprechung, die russischen Emigranten Geschenke auf Kosten des deutschen Volkes macht und entgegen den bestehenden deutsch-russischen Verträgen diplomatische Konflikte heraufbeschwört!

# Zentrum und Eisenkonflikt.

## Interpellation und Anträge im Reichstag.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch in mehrstündiger Sitzung mit den Arbeiterausperrungen in Westdeutschland. Die Fraktion beschloß, folgende Interpellation im Reichstag einzubringen:

Die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat trotz des am 31. Oktober vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schlichtungspruchs am 1. November die angeordnete Schließung der Betriebe verwirklicht. Dieses Vorgehen bedeutet, ungeachtet der von den Unternehmern geltend gemachten rechtlichen Einwendungen, eine schwere Gefährdung des auf den Arbeitsfrieden gerichteten Grundgedankens des Schlichtungswesens und hat unabsehbare politische und wirtschaftliche Folgen. Mehr denn 200 000 Arbeiter der Eisenindustrie sind mit ihren Familien unmittelbar betroffen. Infolge der engen Verbindung der Hüttenwerke mit dem Bergbau werden große Massen der Bergarbeiter arbeitslos. Das für diese Industrien tätige Transportgewerbe wird in kurzer Zeit zum Erliegen kommen. Die gesamte Produktion, Handel, Gewerbe, der Mittelstand und die betroffenen

Kommunen werden dadurch aufs schwerste geschädigt. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die durch das Vorgehen der Arbeitgeber erschütterte Autorität des staatlichen Schlichtungswesens und den Arbeitsfrieden wieder herzustellen, sowie den der gesamten deutschen Wirtschaft erwachsenen Schaden abzumenden?

Zusätzlich hat die Zentrumsfraktion beschlossen, drei Anträge in Gesetzesform einzubringen, deren Ziel die Herbeiführung und Sicherung des Wirtschaftsriedens ist. Sie beziehen sich auf den Anspruch der ausgesperrten Arbeiter auf Arbeitslosenunterstützung, auf eine Änderung der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 und auf eine Änderung der Verordnung betreffend Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923. Durch die zuletzt genannte Novelle sollen die Parteien, die einen Tarifvertrag abgeschlossen haben, das Recht haben, gegen die Verbindlichkeitsklärung eines Schlichtungsrichters Nichtigkeitsklage beim Arbeitsgericht zu erheben. Aufschließende Wirkung soll diese Nichtigkeitsklage nicht haben.

### Der neue Reichshaushalt.

#### Noch keine Steuervorschläge im Kabinett.

Entgegen den Redungen anderer Blätter erfahren wir, daß das Reichskabinett über neue Dedungsvorschläge zur Ausgleichung des Reichshaushalts noch nicht verhandelt hat. Die letzte Kabinettsitzung, in der auch der Reichshaushalt besprochen wurde, beschäftigte sich nur mit einigen grundsätzlichen Entscheidungen über die Staatsaufstellung im allgemeinen.

### Hugenberg-Blatt vor Gericht.

#### Die Inserate der „München-Augsburger Abendzeitung“.

München, 7. November. (Eigenbericht.)

Die zum Hugenberg-Konzern gehörende „München-Augsburger Abendzeitung“ hatte sich vor dem Strafgericht wegen vollendeten Betrugs zu verantworten. Der Anzeigenschef und Verlagsdirektor des Blattes hatte, um den schwindehäftigen Annoncentext künstlich aufzupumpen, Stellenangebote aus den Inserateanzeigen anderer Zeitungen, darunter auch dem „Berliner Total-Anzeiger“, entnommen und auf diese Weise eine große Zahl von arbeitslosen Angestellten um kleinere Beträge, die sie zur Antwort auf diese Inserate vorausgaben, betrogen.

Der angeklagte Verlagsdirektor gab zu, Inserate aus fremden Zeitungen entnommen zu haben, bestritt aber jede betrügerische Absicht und will die eingelassenen Offertenbriefe ordnungsgemäß an die Inserenten weiterbefördert haben. Wie, das konnte er allerdings nicht nachweisen; die Adresse der Inserenten konnte ihm auch gar nicht bekannt sein. Dem Staatsanwalt gelang es nicht, die Behauptung der Verlagsdirektoren zu widerlegen, so daß er schließlich die Anklage auf vollendeten Betrug fallen ließ und nunmehr auf verurteilten Betrag und unkontrollierten Wettbewerb plädierte. Als Sühne erbotete er 1000 M. Geldstrafe für genügend. Als Sachverständiger wurde der Verleger der „Bayerischen Staatszeitung“ gehört. Er erklärte, daß Füllinzerote im Zeitungsgewerbe aus technischen Gründen oft erforderlich seien, weil bezahlte manchmal nicht in der genügenden Anzahl vorhanden seien, aber 37 Inserate von insgesamt 82, wie das z. B. in einer Nummer der „München-Augsburger Abendzeitung“ der Fall war, hielt er für zuviel. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob das eine anständige Zeitung überhaupt machen würde, erwiderte der Sachverständige: „Das kommt darauf an, ich würde es nicht machen.“

Das Urteil wird am 15. November verkündet.

### Erweiterung in der Krisenunterstützung

#### Bedürftigkeitsprüfung.

Der Reichsarbeitsminister hat durch eine Verordnung, die in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wird und am 10. November in Kraft tritt, die Vorschriften über die Bedürftigkeitsprüfung bei der Krisenunterstützung wesentlich zugunsten der Arbeitslosen gemildert. Bisher werden Einnahmen des Ehegatten und der Eltern, Voreltern und Abkömmlinge des Arbeitslosen, die mit ihm im gleichen Haushalt leben, wie Einnahmen des Arbeitslosen behandelt. Für jeden dieser Angehörigen — gleichviel, ob sie Einnahmen haben oder nicht — und außerdem für Geschwister des Arbeitslosen, die zum Haushalt gehören und ohne eigene Einnahmen sind, wird die Freigrenze heraufgesetzt, bisher um je 15 Proz. des Einheitslohnes des Arbeitslosen. Dieser Satz erhöht sich künftig von 15 Proz. auf 30 Proz. in der Lohnklasse I, 40 Proz. in der Klasse II, 35 Proz. in der Klasse III, 30 Proz. in der Klasse IV, 25 Proz. in den Klassen V und VI, 22 Proz. in der Klasse VII und 20 Proz. in der obersten Klasse VIII. Ferner sind Krankengeld und Arbeitslosenunterstützung, die Angehörige beziehen, wie schon bisher ihr Arbeitsverdienst, nur noch mit der Hälfte als Einkommen anzurechnen. Geringe Aufwandsentschädigungen für die Ausübung öffentlicher Ehrenämter, die durch die Rechtskosten ausgeglichen werden, ferner Uebergangsrente auf Grund der Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufsrantheiten und Pflegezulagen aus der Unfallversicherung zählen künftig zu den Bezügen, die bei der Feststellung der Einnahmen des Arbeitslosen und seiner Angehörigen ganz außer Betracht bleiben.

### Die Stalin-Säge in Deutschland.

#### Die „Reinigung“ bei den Thüringer Kommunisten.

Jena, 7. November. (Eigenbericht.)

Das sozialdemokratische Organ für Weimar und Jena, „Das Volk“, meldet, daß die kommunistischen Bezirkssekretäre für Thüringen, Tittel und Smolka, von der kommunistischen Parteizentrale ihrer Ämter enthoben worden sind. Vor einer Woche waren sie bereits ihrer verdienstlichen Haltung wegen fallgestellt worden. Der dritte Bezirkssekretär, Bräuning, darf im Amt bleiben, da er Buße getan und sich zum Ekli bekannt hat.

Interessant ist, daß die kommunistische Landtagsfraktion mit einer Ausnahme hinter Tittel steht; es ist abgesehen, ob die KPD-Zentrale dieser Schwärzungen Herr werden wird.



## Der Kampf um die Reichswehr. Vom kommenden Wehrprogramm unserer Partei.

In der Neuköllner Kreismitgliederversammlung referierte am Dienstag im großen Saal des Karlsgraben Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Künstler über die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrmacht und über die Arbeit der vom Parteivorstand eingesetzten Programmkommission für ein sozialdemokratisches Wehrprogramm.

Einleitend veranschaulichte der Referent die Wehrmacht des kaiserlichen Deutschlands mit der der Republik. Unser Kampf geht, wie schon so oft betont, nicht etwa gegen die Reichswehr, sondern um die Durchdringung der Reichswehr mit republikanischen Elementen. Das Offizierskorps der Reichswehr muß leider als überwiegend völkisch und reaktionär angesehen werden. Wichtig ist die Herabsetzung der Kosten für die Reichswehr. Deutschland kann sich einen so kostspieligen Apparat nicht leisten. Es ist unerträglich, daß der Etat des Reichsarbeitsministeriums um 300 Millionen geringer ist, als der der Reichswehr. Für Gas- und Schiffsbau gibt die Reichswehr 3 Millionen aus, der gesamte Gesundheitsetat beträgt aber nur 1,3 Millionen Mark. Sehr wichtig ist, daß der Offiziers- und Mannschaftenersatz kontrolliert wird. Die Programmkommission, die der Parteivorstand eingesetzt hat, um für den kommenden Parteitag das Wehrprogramm der Partei vorzubereiten, hat eine Reihe führender Genossen aufgefordert, einen Entwurf auszuarbeiten. Auch die österreichischen Genossen Bauer und Deutsch haben sich aktiv beteiligt. Bauer ist zu der gleichen Auffassung, wie der Redner selber, gekommen, daß es sich bei der Aufstellung eines Wehrprogramms mehr um ein Abrüstungsprogramm handeln muß. Unser Wehrprogramm kann nur in enger Anlehnung an die Brückner Beschlüsse der Internationalen unter Anerkennung der Reichswehr als Grenzschutz aufgestellt werden. In der Diskussion forderte Emil Barth zur Sicherung des Friedens ein Oskocarno und die Vorbereitung eines geistigen Anschlusses Österreichs an Deutschland. Helig Gedebach verwies auf einen Ausspruch Ferdinands Lassalles, daß der, der die Kanonen hat, auch die Macht im Staate hat. Wenn wir nicht die Republik gefährden wollen, müssen wir uns mit der Republikanisierung der Reichswehr befassen.

## Selbstbetäubung und Selbstvernichtung Die Rauschgifte und der tiefere Sinn ihrer Wirkung.

Im Gesundheitshaus Kreuzberg (Am Urban 10/11), das zurzeit die Sonderchau „Erste Hilfe und Lebensrettung“ beherbergt, sprach Dr. Ernst Joel, der ärztliche Leiter dieser Anstalt, über Rauschgifte und Werdgift. Daß Gift eine Werdgift vorwiegend von Frauen ist, erklärte er aus dem Wesen der Frau. Ihr liegt meist nicht das sozusagen Heroische, das eine Voraussetzung des Gebrauches von Schuß-, Hieb- oder Stichwaffen ist. In Deutschland entfallen von der Gesamtzahl der Vergehen und Verbrechen auf die Frauen zwei Zehntel, auf die Männer acht Zehntel, aber bei Werd durch Gift sind unter den Tätern sieben Zehntel Frauen, drei Zehntel Männer. Auch bei Selbstmord wird Gift von den Frauen verhältnismäßig öfter als von den Männern benutzt. Neben den das Leben vernichtenden Werdgiften stehen als Gegenstück die Rauschgifte, die genossen werden in der Absicht, das Leben zu steigern. Die Rauschgiftsuchtigen werden, meint Joel, völlig falsch verstanden, wenn man sie nur als harmlose Genießer betrachtet. Nein, sie sind Kranke und Leidende, die den Zusammenhang von Leidenschaft und Leid zuletzt an ihrer Person erfahren. Die Selbstbetäubung steht zu der Selbstvernichtung in sehr enger Beziehung. Berausung ist nichts anderes als eine Art „Todesersah“, sozusagen ein Ausflus aus dem Leben nach nicht ins Allereinste hinein, aber in ein Etwas, das dem Leben abgemacht ist. Die Rauschgiftsuchtigen sind fähig, das Leben zu meistern, aber auch nicht stark genug, in den Tod zu gehen, reiten sich in den Rausch. Dr. Joel zeigte dann, daß zwischen Rauschgift und Werdgift auch weltgeschichtliche Zusammenhänge bestehen. In Amerika wurden die Indianer von den eindringenden Weißen durch Alkohol bis auf wenige Reste ausgerottet, und mit Alkohol tauchten Weiße in Afrika die Neger, um sie als Arbeitskräfte nach Amerika zu schaffen. Rauschgifte können auch, weil sie den Willen und die Kraft zur Beseitigung von Mißständen brechen und vernichten, einer um ihren Aufstieg kämpfenden Volkstasse verhängnisvoll werden. Das bedeutet Prof. Wilbrandts übertriebener Ausspruch (den der Redner erwähnte), daß in Deutschland, wenn wir in den Jahren 1914 bis 1918 das hochprozentige Bier behalten hätten, es nicht zur Revolution gekommen wäre. Dr. Joel schloß mit der Mahnung, daß gegen die Rauschgifte sich eine große Front aller derjenigen zusammenschließen sollte, die das Leben lieben und die Gesundheit wollen.

## Falsches Mordgerücht in Neukölln.

Das Gerücht von einem Mord war gestern, Mittwoch, in Neukölln verbreitet, erwies sich aber als unbegründet. Ein 44 Jahre alter Friseur G. aus der Treptower Straße war in der vergangenen Nacht nicht nach Hause gekommen. Als seine Ehefrau, die die Hausreinigung besorgt, morgens nach dem Keller ging, um ihre Katzen zu füttern, fand sie ihren Mann nicht an der Treppe blutüberströmt und tot auf der Erde liegen. Er lag mit dem Kopf nach unten, die Beine waren etwas zusammengezogen. Der ganze Befund erregte zunächst Verdacht, so daß die Kriminalpolizei benachrichtigt wurde. Kriminalrat Schorn und seine Beamten stellten aber bald fest, daß G. angezerrten heimgekehrt war. Er hatte die Haustür aufschließen wollen und den Schlüssel noch in der Hand. Irrtümlich aber war er an die Kellertür geraten und die Treppe hinabgefallen. Mit gebrochenem Genick war er tot liegen geblieben. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

**Neun Jahre Deutscher Reich.** Sonntag, 11. November, mittags 12 Uhr, im Festsaal des Herrenhauses, Leipzig Str. 3, Festversammlung. Festrede: General Dr. Helig Franz. — Eintrittskarten (1 M.) in beschränkter Zahl Kronprinzener 19.

# Immer wieder die Lizenzgebühren

## Bernehmung des Hauptzeugen im Bestechungsprozeß.

Zu der Verhandlung gegen den Reichsbahnoberrat Schulze wegen Bestechung waren am Mittwoch als erste Zeugen der am ersten Tag fortgesetzt erwähnte frühere Generalvertreter der Firma Reiser u. Co. in Köln, Gelsner, und dessen Ehefrau geladen, die in dieser Strafsache als Zeugen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Wolff, ermahnte die Zeugen ganz besonders, sich von keinerlei persönlichen Rücksichten dazu bestimmen zu lassen, von der Wahrheit abzuweichen.

Nachdem die Zeugen abgetreten waren, wurden an den Angeklagten Schulze noch einige Fragen gerichtet. Vorl.: Haben Sie noch Einleitung des Ermittlungsverfahrens noch Beziehungen zu dem Zeugen Gelsner unterhalten? Angekl.: Seit dem 22. März, dem Tage nach meiner Bernehmung durch den Staatsanwalt habe ich jeden Verkehr abgebrochen. Vorl.: Dann möchte ich an Sie eine klare Frage richten: Haben Sie dem Zeugen Gelsner gefügt, er möge vor Gericht erklären, daß die ganzen Zahlungen erfolgt seien auf Rechnung der Lizenzgebühren? Angekl.: Nein, ich habe mit ihm nie vom Gericht gesprochen. Vorl.: Haben Sie Gelsner am 12. März 2000 M. ins Haus geschickt? Angekl.: Ja wohl. Vorl.: Welche Bewandnis hatte diese Zahlung? Angekl.: Gelsner kam zu mir und meinte, daß der Staatsanwalt ihn in Köln vernehmen wolle. Das Geld war dazu bestimmt, daß er sich bei einem Rechtsbeistand Rat hole. R.-A. Dr. Frey: Nach den Akten ist Gelsner dreimal freiwillig beim Staatsanwalt erschienen, um Auslagen zu machen. Das ist doch etwas Unbilliges. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Herrmanns: Ich habe Schulze und Gelsner streng aufgegeben gehabt, keinerlei Verbindungen mehr zu unterhalten. Nachdem Schulze aber Gelsner fortwährend in seiner Wohnung aufgesucht hatte, kam dieser zu mir, um sich zu rechtfertigen. Die Behauptung, daß die Geschenke und Zuwendungen auf Rechnung der Lizenzgebühren erfolgt seien, wurde erst aufgestellt, nachdem das Verfahren wegen der Lizenzgebühren eingestellt worden war. Vorher hatte der Angeklagte in der Zeit vom 8. Februar bis Anfang Mai niemals, auch nicht andeutungsweise von den Lizenzgebühren und der Berechnung auf dieselben gesprochen.

## Hauptzeuge Gelsner.

Dann wurde als Zeuge der Kaufmann Karl Gelsner vernommen. Er bezeugte, daß er als Generalvertreter der Firma Reiser u. Co. seit Jahren im Zentralamt wegen der Aufträge für Armaturen verhandelt habe. Im Januar 1922 erfolgte dann eine Bewerbung um Lieferung von Rotgütlagerfahnen. Bei diesen

Verhandlungen sei er auch mit Reichsbahnoberrat Schulze bekannt geworden. Die Zuleitung der Aufträge erfolgte jedoch durch Direktor Neumann. Mit Schulze, der das Werkstättenbüro hatte, hatte er nur technische Verhandlungen geführt. Später wurden die Beziehungen zu Schulze freundschaftlicher. Vorl.: Haben Sie dabei den Gedanken gehabt, daß die Verbindung mit Reichsbahnoberrat Schulze Ihnen wertvoll sein könnte. Zeuge: In technischer Beziehung wohl. Ich hatte von Schulze viele Anregungen bekommen, die meiner Firma bei der Lieferung von Lagerfahnen zu gute kommen konnten. Im November 1923 habe ich das Ergebnis der Besprechungen mit Schulze und seine Anregungen meiner Firma wiedergegeben. Ich erwähnte dabei auch ein Patent, das Reichsbahnoberrat Schulze gegen Lizenzgebühr uns überlassen sollte.

## 10000 Mark Autospesen in drei Jahren.

Weiterhin erklärte der Zeuge, daß Reichsbahnoberrat Schulze vor allem die Reichsbahninteressen im Auge hatte. Das zeigte sich in den von ihm gestellten Bedingungen für die Lieferung der Lagerfahnen, die oft für das Werk untragbar wurden. Vorl.: Er hatte doch wohl aber auch die Absicht, der Firma Aufträge zu verschaffen? Zeuge: Dabei ist aber zu bedenken, daß die Firma Reiser in den Jahren 1923 bis 1924 durch die ständigen und sehr kostspieligen Versuche mit den Lagerfahnen, die zunächst kein Ergebnis hatten, beinahe an den Rand des Ruins gekommen war. Vorl.: Hat die Firma Reiser u. Co. gewußt, daß Sie Schulze Geschenke machten? Zeuge: Nur andeutungsweise. Vorl.: Wie hoch schätzen Sie die Summe der Jahren Zuwendungen und den Wert der Geschenke? Zeuge: Auf etwa 20000 M. Dabei sind aber noch Auslagen, die für die Benutzung meines Autospesen nicht eingerechnet sind. Ich schätze, daß ich in drei Jahren dafür für Schulze etwa 10000 M. verauslagt habe.

Zur Sprache kam dann, daß der Zeuge nach der Bernehmung bei dem Untersuchungsrichter selbst beim Staatsanwalt erschienen und diesem erklärte: Ich bin eben vernommen worden und habe etwas ausgesagt, was ich nicht verantworten kann. Der Staatsanwalt hatte darum einen Aktenermerkel gemacht. Es erschien der Zeuge Gelsner. Er ist derart zerrüttet, daß ich ihm riet, das, was er mir sagen wollte, dem Untersuchungsrichter zu schreiben. Der Zeuge hat dann schriftlich seine Auslagen widerrufen, daß die Zahlung von 3000 M. für die Amerikareise des Angeklagten und andere Zuwendungen auf Rechnung der Lizenzgebühren erfolgt seien. R.-A. Dr. Frey beantragte darauf, den Untersuchungsrichter als Zeugen zu vernehmen, ob der Zeuge Gelsner bei seiner Bernehmung so zerrüttet gewesen sei, daß er nicht wußte, was er sagte. Die Verhandlungen werden am Freitag fortgesetzt werden.

## Ein böser Dummerjungenstreich. Viertausend Mark durchgebracht!

Von seinem eigenen Sohne wurde kürzlich, wie wir mitteilten, ein Wohlhabender Herr H. in der Akerstraße schwer bestohlen. Sein 17jähriger Sohn Henry lockte, während der Vater abwesend war, durch ein Ferngespräch mit der Meldung eines Unfalles die Mutter aus der Wohnung. Unterdessen stand er mit einem zweiten Burken im gegenüberliegenden Hausflur, drang dann in die Wohnung ein, erbrach den Schreibtisch und stahl über 4000 Mark Wohlfahrtsgelder.

Gestern wurde der Junge festgenommen. Er war in die Hände eines 18 Jahre alten Rudi König aus der Brunnenstraße geraten und ließ sich von ihm zu dem Einbruch verleiten. Jetzt hatte ihn Rudi ganz in der Hand. Auf seine Veranlassung teilten sie sich das Geld, kleideten sich neu ein und fanden dann auch bald jeder eine Freundin. Mit ihnen lebten sie in Berlin auf großem Fuße und machten auch einmal einen Autoausflug nach Stettin. Um sich mit ihnen überall sehen lassen zu können, pugten sie auch die Freundinnen mit neuer Kleidung und allem Zauber heraus. Sie besuchten mit ihnen zahlreiche teure Lokale. Auch die Eltern der Begleiterinnen schlossen sich bei einem Besuch des Admiralspalastes eines Abends der Gesellschaft an. Hier kam es zu einer Zechen von 800 Mark. Gestern abend besuchten H. und R. mit ihren beiden Damen ein Lokal am Alexanderplatz. Hier wurden sie von Kriminalbeamten erkannt. H. wurde festgenommen, König verschwand durch die Hintertür und entkam. Er hatte die Kasse geführt und zu guter Letzt seinem Freunde auch noch den Rest seines Anteiles abgehört. So besah H. gar nichts mehr. Wieviel der flüchtige König noch hat, steht dahin, viel wird es wohl kaum noch sein. Die den Mädchen gemachten Geschenke wurden beschlagnahmt.

## Ueberfallene Kinder!

Am letzten Sonntag wanderte eine Gruppe „Rote Falken“ von der Gemeinschaft der Berliner Kinderfreunde nach den Gosener Bergen. Die friedlich einherziehenden Jugendlichen wurden hier von neun 18- bis 24jährigen Burken überfallen, von denen vier das Abzeichen der kommunistischen Jugend trugen. Den wehrlosen Kindern wurde der Verbandspfeil weggenommen, triumphierend vernichteten die kommunistischen Rowdys den Wimpel der Roten Falken. Nun aber kommt das Tollste: Von den Mächtigen verlangten die Burken unter Bedrohung der Kinder und des jugendlichen Helfers Geld für Zigaretten. Messer waren gezogen, der Speer wurde angriffsbereit geschwungen, das Zelt der Kinderfreunde sollte demoliert werden. Man gab den Banditen aus den färglichen Kassenbündeln 85 Pfennig. Ein Genosse von der Arbeiterjugend aus Charlottenburg hatte inzwischen von einem der Rohlinge einen Schlag

ins Gesicht erhalten, ein zwölfjähriger Junge ist, als er den Speer, den er getragen hatte, zurückverlangte, gewürgt worden. Der Hinweis, daß es sich doch um Arbeiterkinder handelt, war diesen „Klassenbewußten“ gegenüber zwecklos.

## Doppelmord und Selbstmord. Aus Eifersucht!

Stettin, 7. November. (Eigenbericht.)

In dem Hause Bachstraße 9 in Zülchow bei Stettin fand man heute früh den etwa 30jährigen Versicherungsangestellten Johannes Krohn mit einer Kugel im Kopf blutüberströmt auf. In einem anderen Zimmer der Wohnung lagen Frau Krohn und der Ingenieur Bahl aus Bredow, Wolffstraße, mit durchschrittenen Kehlen und Blutadern. Sofort nach Entdeckung der juchhabaren Tragödie wurde die Mordkommission der Stettiner Kriminalpolizei alarmiert. Ihre Feststellungen ergaben, daß ohne Zweifel Krohn seine Frau und Bahl getötet hat und sich dann mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf jagte, die eine so schwere Verletzung herbeiführte, daß er in bestunmöglichem Zustand ins Krankenhaus Frauendorf gebracht werden mußte. Als Motiv der Tat wird Eifersucht angenommen.

## Radsfahrer unter einem Lastauto.

An der Ecke Kaiserdam und Kognitzstr. ereignete sich gestern nachmittags ein schweres Verkehrsunfall. Der Führer eines Lastautos wollte einem plötzlich aus der Kognitzstraße einbrechenden Privatauto ausweichen. Hierbei geriet das Lastauto auf den Bürgersteig und fuhr mit großer Heftigkeit gegen den Eingang des Hauses Kaiserdam 95, der dabei schwer beschädigt wurde. Ein jugendlicher Radsfahrer, der 16jährige Paul B. aus der Gothaer Str. 8 in Schönberg, der in diesem Augenblick die Straßenecke passierte, wurde von dem Lastauto erfaßt und mehrere Meter mitgeschleift. Der junge Mensch mußte mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus Westend übergeführt werden. Das Lastauto wurde einige Zeit später abgeschleppt.

**Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin.** Die Bibliothek der Arbeiterbildungsschule ist jetzt wieder jeden Dienstag und Freitag von 16 bis 18 Uhr abends geöffnet. Nächster Vortrag der Freien Sozialistischen Hochschule am Sonnabend, dem 17. November, abends 18 Uhr, im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipzig Str. 3. Genossin Prof. Anna Siemsen spricht über „Selbsterziehung der Jugend“. Karten à 50 Pf. in unserem Bureau, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8. Karten zum ermäßigten Preise für die Sternwarte Treptow ebenfalls in unserem Bureau.

**Ein Konzert in „Tegel“.** Die Berliner Mandolinenvereinigung „Nordische Klänge 1905“ unter Leitung ihres Dirigenten Wilhelm H. ortz veranstaltet am Sonntag, dem 11. November, in der Strafanstalt Tegel ein Wohltätigkeitskonzert.



# BMW

## NEUE MODELLE

### PRESS-STAHLLAHMEN

Mit dem bewährten Kardan - Antrieb

INTERNATIONALE  
AUTOMOBIL- UND  
MOTORRADAUSSTELLUNG  
BERLIN VOM 8.-18. NOV.  
FUNKHALLE STAND 704

BAYERISCHE MOTOREN WERKE AKTIENGESELLSCHAFT MÜNCHEN 19  
Fabrik-Reparaturwerkstatt: Berlin, Kaiserin-Augusta-Allee 98-100



# GEHEIMNISSEN

Bei C & A finden Sie alles, was Ihr Herz begehrt:

Den eleganten, modernen Mantel den Sie suchen.

Die Auswahl die Sie ganz sicher das für Sie bestgeeignete finden läßt.

Die berühmte niedrigen Preise die das Glück über Ihren neuen Wintermantel erst vollkommen machen.



Die große Mode des Tages. Eleganter Mantel im engl. Geschmack aus feinkartierter Ware mit zartem Ueberkaro. Extra großer Kragen und Stulpen aus abgeklärter Pelzimitation; aparte Rücken- und Seitenparfe. Innenpatte

29/75



Oranienstr.40 Chaumest.113 Königstraße 33  
Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof/Alexanderplatz

Nachdruck von Wort und Bild verboten  
Das obige Angebot steht Ihnen ab Donnerstag zur Verfügung! — Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

**Anna Luckfiel**  
geb. Henning  
am 4. Dezember 1908  
am 8. November 1928  
am 15. November 1928  
am 21. November 1928  
am 27. November 1928

**Leonhard Seiche**  
am 5. November 1908  
am 11. November 1908  
am 17. November 1908  
am 23. November 1908  
am 29. November 1908

**Möbel**  
Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Büfette, Wohnstube, Garderobe, runde Tische, Stühle, Einziehstühle oder Klappen, Sofa, Hochbetten, Kuchentische, Tischlampen, Wanduhren, Kleiderbügel, Koffer, Spiegel, Garderoben, Kleiderhaken, usw.

**Musikinstrumente**  
Violen, Violinen, Gitarren, Klaviers, Orgeln, Harmonikas, usw.

**Kaufgesuche**  
Suche nach ...  
Suche nach ...

**Verschiedenes**  
Suche nach ...  
Suche nach ...

**Wilhelm Richter**  
Suche nach ...

**Reklame-Druckerei**  
Suche nach ...

**Möbel**  
Suche nach ...

**Musikinstrumente**  
Suche nach ...

**Kaufgesuche**  
Suche nach ...

**Verschiedenes**  
Suche nach ...

**Maßanzug oder Paletot**  
Suche nach ...

**Reklame-Druckerei**  
Suche nach ...

**Möbel**  
Suche nach ...

**Musikinstrumente**  
Suche nach ...

**Kaufgesuche**  
Suche nach ...

**Verschiedenes**  
Suche nach ...

**Verkäufe**  
Suche nach ...

**Reklame-Druckerei**  
Suche nach ...

**Möbel**  
Suche nach ...

**Musikinstrumente**  
Suche nach ...

**Kaufgesuche**  
Suche nach ...

**Verschiedenes**  
Suche nach ...



**Stock's grösste Stunde ist gekommen!**

Was eilst Du so, Du goldne Süße? Ich hab' doch Hühneraugenfüße! Verzeih! Ich will mir ja gleich morgen 'ne Schachtel „Lebewohl“ besorgen!

\*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Aerzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Pallenscheiben, Niechdose (4 Pfaster) 78 Pf., Lebewohl-Pallenscheiben gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 80 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Niechdose und weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

Erstklassiger Pfälzer Weißwein . . . 1/2 Fl. 0.95  
spanischer Rotwein . . . 1/2 Fl. 0.95  
Echter 1928 er Beaujolais-Burgunder . . . 1/2 Fl. 1.25  
Echter 1928 er weißer süßer Bordeaux 1/2 Fl. 1.45  
Die Preise verstehen sich ohne Glas

Größtes Spezialgeschäft seiner Art in Deutschland.  
**Eduard Süsskind**  
Hauptgeschäft: Brunnenstr. 42  
Berlin, Mollaterstr. 144 | Steglitz, Schloßstr. 121  
Berlin, Chaumest. 76 | Spandau, Potsdamer Str. 23  
Berlin, Peteraburg Str. 60 | Prenzlauer, Weiskstr. 93  
Berlin, Kopenstr. 87 | Neukölln, Berliner Str. 13  
Berlin, Grünauer Str. 15 | Moabit, Wilsnacker Str. 25  
Köpenicker Straße 121 | Prenzlauer Allee 60  
Wilmersdorfer Str. 157 | Martin-Luther-Straße 86  
Oberschöneweide, Wilhelminenstraße 40  
Schönberg, Kalonnenstraße 9, Ecke Fourigstraße  
Krähen, Flaschen usw. werden geliefert

# Das neue Strafgesetz.

Beratung des allgemeinen Teils im Unterausschuß beendet.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstags beschäftigte sich gestern mit den Bestimmungen des Gesetzentwurfes über die Einweisung der Einschliefung, die an die Stelle einer Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe treten soll, wenn der Täter „ausnahmsweise aus besonderen Beweggründen gehandelt hat und die Tat nicht schon wegen der Art und Weise ihrer Ausführung oder wegen der vom Täter verschuldeten Folgen besonders verwerflich ist“.

Die sozialdemokratische Fraktion hat zu diesem Vorschlag beantragt, die Einschliefung dann einzuführen zu lassen, wenn der ausschlaggebende Beweggrund des Täters darin besteht, daß er sich zu der Tat auf Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Überzeugung für verpflichtet hielt. Eventuell wurde von unseren Genossen beantragt, für den Fall der Ablehnung dieses Vorschlages an Stelle der Worte „ausnahmsweise Beweggründen“ zu setzen „aus nicht ehrlosen Beweggründen“, und für den Fall der Ablehnung auch dieses Vorschlages wurde von unseren Genossen beantragt, statt der achtenswerten Beweggründe „ehrenhafte Beweggründe“ als Voraussetzung für die Einschliefung festzulegen.

Genosse Landsberg begründete die sozialdemokratischen Anträge, indem er zunächst ausführte, daß ihm und seinen Freunden die Einschliefungsstrafe überhaupt wenig sympathisch sei. Sie erinnere an die Zeit, in der man der Auffassung war, daß eine Strafe den Verurteilten Höherstehenden schwerer treffe, als den Angehörigen unterer Klassen. Andererseits sei nicht zu verkennen, daß auch eine andere Strafe als die Gefängnisstrafe nicht entbehrt werden könne.

Wenn man also die Einschliefung einführen wolle, dann müsse man sie wenigstens so klar von Voraussetzungen abhängig machen, daß ein politischer Mißbrauch ausgeschlossen sei.

Wenn man die Bestimmung abstelle auf den Begriff der achtenswerten Beweggründe, so sei die große Gefahr vorhanden, daß die Richter von der Bestimmung einseitig Gebrauch machten. Die Begriffe des Gesetzentwurfes seien zu tauschbar, als daß die sozialdemokratische Fraktion ihnen zustimmen könne. Rimmermehr dürfe es dahin kommen, daß die politische Einstellung des Richters darüber entscheide, ob jemand statt ins Gefängnis oder ins Zuchthaus zu kommen, lediglich eingeschlossen würde. Die Politisierung des Richtertums dürfe nicht noch gesteigert werden. Der Begriff des Überzeugungsvörderers habe den Richter in der Praxis keine Schwierigkeiten gemacht. Deshalb würde von der sozialdemokratischen Fraktion vorgeschlagen, den Begriff des Überzeugungsvörderers in das Gesetz hineinzunehmen.

Ministerialdirektor Bunte verkannte nicht die Schwierigkeit der ganzen Frage. Er gab auch zu, daß sich manches für die Einführung des Begriffes des Überzeugungsvörderers anführen lasse, trotzdem müsse er an der Regierungsvorlage festhalten; es behände sonst die Gefahr, daß fast alle zur Einschliefung verurteilt würden und infolgedessen diejenigen, die zu Zuchthaus oder Gefängnis verurteilt werden, von vornherein den Scheitern der Ehelosigkeit tragen.

Rechtsjustizminister Koch erklärte sein Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Gesetzentwurf, statt der achtenswerten Beweggründe ehrenhafte Beweggründe als Voraussetzung für die Einschliefung festzulegen.

Bei der Abstimmung wurden alsdann die von der sozialdemokratischen Fraktion in erster Linie gestellten Anträge abgelehnt und schließlich

der Vorschlag angenommen, nach welchem nicht achtenswerte, sondern ehrenhafte Beweggründe als Voraussetzung für die Verurteilung zur Einschliefung bestimmt werden.

Bei den Bestimmungen über Strafmilderung begründete Genosse Pfaff einen Antrag auf weitere Milderung der vorgeschlagenen Strafe.

Genosse Dr. Rosenfeld unterstützte den Vorschlag, indem er darauf hinwies, daß es doch nicht angehe, den Richter gerade dann in einem freien Ermessen zu beschränken, wenn die Möglichkeit einer besonders milden Strafe in Betracht komme.

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Schließlich beschäftigte sich der Ausschuss noch mit den Vorarbeiten über die Verjährung.

Genosse Dr. Rosenfeld begründete einen sozialdemokratischen Antrag, nach dem die Verjährungsfristen bei Verbrechen, die mit Gefängnisstrafe oder mit lebenslänglicher Freiheitsstrafe bedroht sind, nicht in 30 Jahren, sondern schon in 20 Jahren eintreten sollen. Bei geringeren Verbrechen, die mit zeitlicher Freiheitsstrafe bedroht sind, nicht in 20 Jahren, sondern in 15 Jahren. Zur Begründung wurde geltend gemacht, daß im jetzigen Strafgesetz nur die kürzeren Fristen vorgesehen sind.

Rechtsjustizminister Koch erklärte sich für den zweiten sozialdemokratischen Antrag, dagegen gegen den ersten.

Dieser Stellungnahme des Ministers gemäß wurde der erste sozialdemokratische Antrag abgelehnt, der zweite angenommen.

Damit hat der Strafrechtsausschuß die Beratung des allgemeinen Teiles beendet. Die Weiterberatung des besonderen Teiles beginnt am 20. November.

## Tschechischer Militarismus.

Verfolgung der sozialistischen Jugendorganisation.

Bei den Verbandsvorständen der deutschen und der tschechischen sozialistischen Arbeiterjugend in Tepitz und in Prag hat die Polizei in den Bureaus und in den Wohnungen der Vorstandsmitglieder hausdurchsuchend antimilitaristische Schriften aller Art beschlagnahmt. Die gerichtliche Voruntersuchung wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik ist eingeleitet.

Aus dem tschechischen Antimilitarismus im alten Oesterreich, der die Verurteilung der antimilitaristischen „Onsodina“ als Verräter verherrlichte und die jungen Männer im Frauenkleid in die Fronten führen ließ, ist seit der Aufstellung der tschechischen Legionen im Weltkrieg und seit ihrer Erhebung zu Verbänden des Staates ein überwuchernder Militarismus geworden. In je 96 Bewohner der Republik kommt ein Soldat. Den Staat, der eine soziale Republik sein sollte, regiert seit Jahren die Bourgeoisie allein. Oppositionelle Zeitungen werden verboten oder beschlagnahmt, wie unteren Lesern längst gezeigt wurde, mit spaltenfüllenden weißen Zensurblättern. Bis auf die Amtssprache — Altösterreich in wiedererstandener Gestalt.

Die Verfolgung der sozialistischen Jugendorganisation ist eine schamlose Ergänzung des militaristischen Paraderummels zur Zehnjahrfeier der Republik!

# Nach der Siegesfeier.

Die Kräfte zumulden erzielten Bewährungsfrist.



„August, laß den Grünen in Ruh', wir bewähren uns doch!“

# Britischer Arbeitervormarsch.

Der siegreiche Gemeindevorwahlkampf.

London, 7. November. (Eigenbericht.)

In England, dem Mutter- und einstigen Musterlande der lokalen Selbstverwaltung, heißen die örtlichen Selbstverwaltungsorgane heute geringere Machtbefugnisse als in irgendeinem anderen demokratisch regierten Lande der Welt. Heute kommen englische Kommunalpolitiker neherfüllt aus deutschen Industriestädten und aus Wien in ihre Heimat zurück und sprechen voll Bewunderung von den Ertragsleistungen ihrer kontinentalen Kollegen. Englische kommunale Musterinstitutionen stehen ungefähr auf der Höhe der Durchschnittsleistungen gut geleiteter deutscher Kommunen.

Der Grund hierfür ist eine physische Entwicklung, die eifersüchtig auf die Rechte des zentralen Parlaments bedacht ist. So hat es ein alter Topf, die britische Könige gegen neue Kompetenzverteilungen, die instinktive Angst vor dem Begriff der Organisation und ähnliches mehr gewahrt, daß das Unterhaus sich mit einer Anzahl von kleinen Fragen beschäftigen muß, die in der übrigen Welt unter die Kompetenz der Gemeinden fallen. Die Folge ist eine beispiellose Wastage des Arbeitsprogramms der „Mutter der Parlamente“ und

eine jähere Vernachlässigung dringender lokaler Bedürfnisse.

Es ist unter diesen Voraussetzungen vielleicht begreiflich, daß sich auf die britischen Kommunalwahlen nicht eines politischen Antriebes konzentriert, wie auf dem Kontinent. In London gingen im Jahre 1923 nur 42 Proz. der Wähler an die kommunale Urne; in diesem Jahre wurde selbst dieser Prozentsatz anscheinend nicht erreicht. In den großen Provinzstädten war allerdings die Wahlbeteiligung etwas größer, dürfte jedoch 50 Proz. nicht überschritten haben. Es muß ferner daran erinnert werden, daß diese Wahlen nach demselben unbilligen Wahlrecht erfolgten, das alles Wahlen in Großbritannien zu einem wahren Glücksspiel der Parteien macht.

Mit diesen Einschränkungen kann man jedoch die Arbeiterpartei zu dem großen Sieg, den sie in London und in den Provinzen (wo nur je ein Drittel der Stadtverordneten zu erneuern war) errungen hat, aus vollem Herzen beglückwünschen. Sie hat die Mehrheiten, die sie in den Stadtparlamenten bereits besessen hat, aufrechterhalten und hat drei neue Städte erobert; sie hat in London auf schwierigstem Terrain bedeutende Fortschritte gemacht und über 200 neue Siege erringt. Was diesem Siege seine besondere Bedeutung gibt, ist seine Eingliederung in den stetigen, ununterbrochenen Fortschritt der Arbeiterpartei in den Gemeindevorwahlen der letzten sieben Jahre:

Jahr	Gesamtgewinn der Arbeiterpartei
1921	36
1923	48
1925	136
1927	100
1928	208

(Die Ziffern für 1925 und 1928 schließen die Wahlen der Londoner Stadtparlamente mit ein, die — zum Unterschied von den Provinzstädten — alle drei Jahre in ihrer Gesamtheit neu gewählt werden. Das Jahr 1927 stellt daher keinen Rückschlag gegenüber 1925 dar.)

Trotz dieses riesigen Fortschrittes in den letzten sieben Jahren stellt sich die Gesamtsituation der britischen Arbeiterpartei in der örtlichen Lokalverwaltung noch weitaus ungünstiger dar als auf dem Kontinent. Das britische Wahlrecht, das die Liberalen beinahe völlig ausschaltet, räumt den Sozialisten teineswegs das ihrer Stimmenzahl entsprechende Maß von Mitregierung lokaler Natur ein. Sie besitzen deshalb erst in acht größeren Provinzstädten und in 8 der 28 „Boroughs“ (Stadtgemeinden) Londons die Mehrheit und ihre Vertreter sind auch in diesen Nachstellungen durch

weltgehende Einmischungsbezugnisse des Innen- und des Gesundheitsministeriums,

die unter konservativer Leitung stehen, fast behindert. In London befinden sich noch immer 18 Städte in den Händen der „Municipal reformer“ (Konservativen). Lediglich eine Borough wird liberal regiert. Von den 1386 Stadträten der 28 Londoner Städte sind noch immer 888 Konservative, 458 sind Arbeiterpartei, 37 Liberale, der Rest bürgerliche Unabhängige. Die Kommunisten, die 1925 11 Vertreter in die Londoner Stadtvertretungen entsandten, haben auch diese wenigen Siege diesmal verloren und sind damit von der Einflußnahme auf die Gemeindepolitik der Metropole vollständig ausgeschlossen. Sie können diesmal nicht einmal

„moralische Siege“ buchen wie bei der letzten Grafschaftswahl, wo sie wenigstens einige Sozialisten aus dem Sattel warfen. Sie waren bei den jüngsten Wahlen für die Wähler einfach nicht vorhanden und ihre

Meister in Moskau haben allen Anlaß, sich zu beklagen, daß sie in England für ihr gutes Geld nichts erhalten.

Die von Moskau so breitspurig angekündigte Politik der „unabhängigen Aktion“, der „proletarischen Konzentration“, der Entlohnung der reformistischen Führer, der Aufstellung eigener Kandidaten hat kläglich verfehlt.

Die Führer der Arbeiterpartei haben bereits am Morgen nach der Wahl die symptomatische Bedeutung des Sieges unterstrichen; sie konnten dies mit um so besserem Recht, als der Sieg in den Kommunalwahlen zeitlich mit einem ausgesprochen politischen Sieg, der Eroberung des Wahlkreises Ashton in einer Nachwahl zusammenfiel. Wenn dieser Wahlkreis von der Arbeiterpartei gewonnen wurde, so hat sie allen Anlaß, hierin ein unmissverständliches Zeichen der Zeit zu erblicken. Selbst die Konservativen, die bestimmt geschmet hatten, den Sieg zu erhalten und die Liberalen, die den Sieg bereits zum Greifen nahe sahen, haben nicht versucht, diese Niederlage zu verkleinern. Ihnen ist zugestanden worden, daß dieser eine Sieg von Ashton stärker in die Knochen gefahren als alle 200 in den kommunalen Wahlen verlorenen Siege zusammen genommen. Die öffentliche Meinung gewöhnt sich unter diesen Umständen bereits — trotz des riesigen, gegen die Arbeiterpartei aufgebauten Meinungsapparates — an den Gedanken der Wiederverkehr der Arbeiterpartei zur Macht.

Kommunisten helfen dem Bürgerblut.

London, 7. November. (Eigenbericht.)

Die Arbeiterpartei gewann bei den schottischen Gemeindevorwahlen mehr als 30 Siege. Die Liberalen und Konservativen hatten in sämtlichen Städten im Gegensatz zu England und Wales, wo dies nur teilweise der Fall war, gemeinsame Kandidaten aufgestellt, so daß sich die Arbeiterpartei überall einer geschlossenen bürgerlichen Front gegenüber sah. In einigen Städten entsendete die Arbeiterpartei zum ersten Male Vertreter in die Gemeinderäte. Wie sehr hier das Wahlrecht gegen die Arbeiterpartei wirkt, geht aus der Tatsache hervor, daß z. B. in Glasgow der Bürgerblock 68 Siege, die Sozialisten hingegen 45 Siege erroberten, obwohl die Arbeiterpartei nur 2000 Stimmen weniger erhielt als die Bürgerlichen.

Die arbeitereindliche Politik der Kommunisten führte in Glasgow zur Niederlage von sechs Arbeiterkandidaten. Die Kommunisten erzielten lediglich — 1 Proz. der für die Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen.

## Boris Stefanoff.

Der Prozeß wieder verschoben!

Seit Jahren sitzt der besorgnisvolle Arbeiterführer Boris Stefanoff, durch den Weltkrieg vom russischen zum rumänischen Staatsbürger geworden, unter der schwersten aber unbegründeten Anklage in rumänischer Untersuchungshaft. Das ist gleichbedeutend mit Hunger, Mißhandlung, Folterung und ständiger Lebensgefahr. Eine Offiziersrunde mit dem Namen Kriegsrat hatte ihn wegen Hochverrat und ähnlicher Delikte bereits zum Tode verurteilt. Unter dem Eindruck der Proteste aus den Kulturstaaten ist dieses Urteil seinerzeit vom Obersten Gerichtshof aufgehoben worden. Seither sind wieder Jahre vergangen, immer wieder ist die neue Verhandlung angelehrt, aber eben so oft wieder verschoben worden: Man zieht den Gerichtssaal und hält das Opfer lieber sicher, wenn auch geschwächt, im Kerker, aus dem so mancher politische Untersuchungsgefangene nur als Leiche herausgelassen wurde. Eben jetzt sollte die Verhandlung endlich sein — man hat sie wieder abgesetzt.

Wenn die neue rumänische Regierung, die jetzt gebildet wird, sich vor Europa ehrlich machen will, indem sie zeigt, daß sie eine neue, nicht nur eine andere Regierung ist, dann muß sie diesem Skandal ein Ende machen und diesen Prozeß endlich durchführen lassen!

